

# Saale-Beitung.

Sechsbundvierziger Jahrgang.

Verboten die 5. September...  
Reaktion und Dampf...  
Halle, den 15. Oktober 1912.

Nr. 484.

Halle a. S., Dienstag, den 15. Oktober.

1912.

## Delegiertentag der Nationalliberalen Partei der Provinz Sachsen.

(Von unserem SS-Korrespondenten.)

# Naumburg, 13. Oktober.

Der heute hier in der „Reichstrone“ abgehaltene Delegiertentag war stark besetzt. Reichstagsabgeord. Schiffer-Magdeburg eröffnete und leitete ihn. Nach der Begrüßung und einer Ehrung des verstorbenen Geheimrats Witte erstattete Parteifreiherr Calchow den Geschäftsbericht, der sich hauptsächlich mit neuen Maßnahmen des Vorstandes über Organisationsfragen beschäftigte. Der Geschäftsbericht wurde gutgeheißen, ebenso der Kasienbericht des stellvertretenden Kassierers Fabritzschter Bartels-Magdeburg, der an Stelle des zurückgetretenen bisherigen Kassierers Kommerzienrat Judschwert definitiv zum Kassenvater gewählt wurde. Bei den Berichten der Delegierten über die Lage in ihren Kreisen kam es zu einer eingehenden Besprechung der Landtagsnachwahl Calbe-Mehrsleben. Dort war unter der Führung des Majors Plade dem offiziellen Kandidaten der nationalliberalen Partei, Gerichtsrat Dr. Reif, eine zweite nationalliberale Kandidatur in der Person des Herrn Plade entgegengesetzt worden, dessen Anhänger in der Stichwahl dem konservativen Kandidaten ihre Stimme gaben, der infolge dessen über den nationalliberalen siegte. Da Dr. Reif in diesem Wahlkampf namentlich wegen seiner Stellung zum Landtagswahlrecht angegriffen worden war, und Major Plade eine Stellung als Mitglied des Zentralvorstandes in einem Schreiben an den Provinzialvorstand niedergelegt hatte, wählte der Delegiertentag Dr. Reif, um ihm ein Vertrauensvotum zu erteilen, an Stelle des Herrn Plade einmütig in den Zentralvorstand. Auf Antrag des Abg. Keil-Halle nahm die Versammlung ferner einstimmig folgende Resolution zu der Angelegenheit an:

„Der nationalliberale Delegiertentag der Provinz Sachsen spricht sich lebhaftes Bedauern darüber aus, daß bei der Nachwahl zum Landtag im Kreise Calbe-Mehrsleben nationalliberale Wahlmänner dem konservativen Kandidaten ihre Stimmen gegeben haben, gegen den von der nationalliberalen Organisation des Wahlkreises aufgestellten Kandidaten, der in der Frage der Neugestaltung des preussischen Wahlrechts durchaus den Standpunkt der nationalliberalen Reichstagsfraktion vertreten hat.“

Ueber die Beratung der Satzungen für die Provinz sollen die Wahlkreise dem Vorstände schriftliche Gutachten einreichen, worüber auf dem nächsten Delegiertentag verhandelt werden soll. Die Neuwahlen zum Provinzialauschuß und geschäftsführenden Ausschuß wurden vertagt, ebenso die Frage der Einbringung ständiger Vertrauensmännerversammlungen. Einige vorliegende Anträge wurden dem geschäftsführenden Ausschuß überwiesen.

Nach einem gemeinsamen Essen fand im Rathhause eine öffentliche Versammlung statt. In dieser sprach nach einer Begrüßung der Anwesenden durch Rechtsanwält Wal-lach-Naumburg und einem Such auf den Landesherren zu erst der

### Reichstagsabgeordnete Ortman (Liebenwerda)

über die äußere und innere Lage der Politik. Erste Schatzen lagen auf der äußeren Politik, ohne daß man die Ereignisse kenne, denen sie vorausgingen. Heute sei es nicht mehr gleichgültig, „ob dahinten, weit in der Türkei, die Völker aufeinander schlagen“, wie im Spieghelkreise zu Goethes Zeiten. Sondern das Schicksal dieser Völker greife über in das europäische Gleichgewicht und könne leicht eine der beiden Schalen zu schwer belasten. Der „kranke Mann“, die Türkei, leide an vier Krankheiten, der bulgarischen, der griechischen, der serbischen und der montenegrinischen. Und um sein Krankenlager künden die europäischen Großmächte als Ärzte, und könnten sich nicht einig werden über den schwereren Fall. Die einen sähen einen iatridischen Patienten in der Türkei, und wollen gar nicht seine Gesundheit. Die anderen möchten ihn davon erlösen. An Frankreichs Angst um seine Orientinteressen könne man sehen, daß es verhängnisvoll werden kann, wenn ein Volk zu reich und Kapitalist für ganz Europa wird. England sei als das größte mohammedanische Land wegen seiner indischen Weltmacht zu Rücksicht auf die Türkei gezwungen, da es ihm bisher nicht gelungen sei, ein besonderes Kalifat gegen den Radikalismus in Konstantinopel zu gründen. Doch Frankreich möchte gern den Weg durch den Sandsthai Novaghar bis zum Mittelmeer gewinnen, habe aber noch an der bosnischen Einverleibung zu tun. In Rußland herrschten zwei Parteien, eine innerussische, die erst in Rußland selbst kolonisieren wolle, und eine militärische, die durch einen populären Krieg mit der Türkei über die inneren Schwierigkeiten hinwegzukommen wolle. Von dieser Partei hänge die Entwicklung der unsicheren Haltung Rußlands ab,

Auch die Frage der Lokalisierung des Balkankrieges. Deutschland sei der solideste Arzt des kranken Mannes. Es habe keine Interessen daran, ob die Türkei hingehalten werde oder sterbe. Bei Italien tauche der Verdacht auf, ob es nicht durch sein Friedensbedürfnis und durch verwandtschaftliche Beziehungen zu Montenegro einen Vorteil von den Balkanunruhen erwarte. Bei diesen Schwierigkeiten sei es nicht verwunderlich, daß das europäische Konzert nicht übereinstimme. Deutschland spiele leider nicht mehr die erste Geige darin wie unter Bismarck.

### Ob das an unserer Diplomatie liegt?

Graf Aehrenthal und Graf Berchtold verhielten ihr Metier jedenfalls besser, obgleich die faktische Macht nach wie vor bei Deutschland liege. Durch den Angriff Montenegros hätten sich die Großmächte bei der Pforte und den Balkanstaaten nur eine Blamage geholt. Ob Montenegro aus militärischen Gründen zuerst angegriffen habe, um die türkischen Truppen nach der Grenze zu ziehen, damit ihnen die anderen Balkanstaaten in den Rücken fallen könnten, oder aus großpolitischen Gründen italienischer Verwandtschaft oder russischer Freundschaft, wisse man nicht. Gefährlich sei sein Vorgehen, auch wenn es nur ein Wuff sei sollte. Denn die einmal entsefelte Volkseidenschaft lasse sich nicht so leicht wieder zurückfassen. Daß infolge der Veroute an der Börse und wegen der gespannten Lage der Reichstag einberufen werde, sei unwahrscheinlich. Die Lage der äußeren Politik bleibe jedoch, auch wenn es gelänge, den Krieg zu lokalisieren, gespannt. Bei einer Betrachtung der inneren Politik streift der Redner die Frage der Neuwahl fürs Reichstagspräsidium, nachdem Abg. Kaempf nun doch niedergelegt habe. Die nationalliberale Partei könne, da sie für eine Verlesung des Postens nicht in Frage komme, ruhig abwarten, wer an sie betratre. Bei der Etatsfrage errege es Verwunderung, daß die so dringend geforderte, mit der Sicherheit des Landes begründete Reformierung der Maschinen-gewehrabteilungen am 1. Oktober nicht eingetreten sei. Welche Einsätze des Kriegsministers dazu bestimmt haben könnten — es bleibe immer verwunderlich. Die russische Probemobilisation weise die Frage einer Ergänzung der Sicherheit an der Ostgrenze durch Fortifikationen auf, wo Rußland seine Kavallerie ins Land werfen könne, ohne daß wir es zu hindern vermöchten. Das Kaisermandat habe bewiesen, daß unserer Artillerieausrüstung noch manches fehle, besonders in der Bewalpanung. Habe doch sogar ein Geschütz wegen mangelnder Bewalpanung zu Hause gelassen werden müssen. Alle diese Fragen könnten bei der Etatsberatung zu Auseinandersetzungen Ursache geben. Die Fleischsteuerung habe auch die Frage der Veteranenfürsorge verdrängt, die von der Sozialdemokratie ohne persönliche Interessen an den „Eingesammelten“, wie sie die Veteranen beschimpft habe, agitatorisch ausgebeutet worden sei. Die Frage sei, ob der Etat die Veteranenfürsorge aufwerfe und vielleicht eine Wehrsteuer zugunsten der Veteranen bringe.

### Bei der

### Fleischsteuerung

miße man im Auge behalten, daß die Landwirtschaft jetzt beim Viehverkauf mit den hohen Zuchtlosten rechnen müsse infolge der schlechten Ernte des Vorjahres. Auch die großen Schäden der Viehweiden bestimmten die Viehpreise. Das alles habe die ärgerliche Steuerung akut gemacht. Der Fleischverbrauch sei in den letzten Jahren von 25 auf 50 Kilogramm pro Kopf gewachsen. Damit habe das Angebot von Fleisch nicht Schritt halten können. Der gesteigerte Fleischverbrauch sei auch ein Zeichen besserer Lebenshaltung. Wie die schlechte Ernte des Vorjahres und die Seuchen gewirkt hätten, könne man daran sehen, daß im August 1912 4525 Rinder weniger aufgetrieben worden seien als im August 1911, Rälber sogar 12 575 weniger. Der Ausfall an Rälbern sei gerade, wie die Landwirtschaft befreit sei, den Ausfall der Zucht im Vorjahr wieder zu ergänzen. Für die Fleischsteuerung kämen auch noch andere Dinge in Betracht. Früher habe der Viehhändler sein Vieh beim Landwirt selbst geholt. Heute komme er der Aufkäufer aus dem Land, der das Vieh dann an den Großhändler verkaufte und dann erst erhalte es der Fleischer. Früher habe die Hausfrau ihr Fleisch selbst geholt, heute lasse sie sich selbst ein halbes Pfund aus dem Metzger holen. Der Metzger habe die Hausfrau ihren Fleisch selbst geholt, heute lasse sie sich selbst ein halbes Pfund aus dem Metzger holen. Der Metzger habe die Hausfrau ihren Fleisch selbst geholt, heute lasse sie sich selbst ein halbes Pfund aus dem Metzger holen. Der Metzger habe die Hausfrau ihren Fleisch selbst geholt, heute lasse sie sich selbst ein halbes Pfund aus dem Metzger holen.

### Keiner Maßregel zukunfts, die eine Aenderung des Zollsystems

bedeutet. Fast alle Parteien stimmten heute der Ansicht zu, daß das Prinzip des Zollsystems richtig sei. Selbst der freisinnige Parteitag in Mannheim habe es in seiner Mehrheit zugegeben. Gegenüber dem Rufe nach einer Durchbrechung des Zollsystems halten wir Nationalliberalen daran fest, daß wir keine Aenderung des Systems zustimmen. Andererseits stimmen wir jeder Maßregel für eine Vermehrung der Viehzucht zu, wie sie durch die Förderung der mittleren und kleineren Landwirtschaft erreicht werden kann. Die der eigentliche Produzent des Viehes ist. Großbetriebe sind der Viehzucht nicht förderlich, weil sie eine Ueberwahrung durch den Viehhändler, die im Großbetriebe nicht möglich ist. Darum muß mittlerer und kleinerer Grundbesitz geschaffen werden. Nicht Reizgüter, sondern Kleinlieferungen. Auf einem Areal, das zu Anbaugütern aufgeteilt wurde, werden jetzt auf der gleichen Bodenfläche fast 24 000 Stück Rindvieh 64 000 Stück gezüchtet, fast 10 000 Schweine 101 000. Wo der mittlere und kleinere Bauer verlornt aus mit Vieh. Große Domänen müssen nach Möglichkeit aufgeteilt werden, der übermäßigen Bildung von Fideikommissen muß entgegengearbeitet werden durch die Schaffung entprechender Reichsgesetze. Gemäß haben auch die Fideikommissäre ihre Berechtigung, namentlich als Mutterwirtschaften. Aber in bezug auf die Fleischsteuerung sind die herrschenden Verhältnisse nicht ungesund.

Der Grenzöffnung steht die Seuchengefahr im Wege. 95 Proz. des Fleischbedarfes schafft das Inland jetzt selbst. Die fehlenden 5 Proz. müssen auch noch erreicht werden. Denn kommt ein Krieg, können wir uns nicht auf die Einfuhr verlassen, dann muß die Volksernährung durch unsere eigene Landwirtschaft sichergestellt sein. Als sofortige Hilfe hält der Redner die Finanzspruchnahme und

### Selbsthilfe der Kommunen

im Gegensaue zum Deutschen Städtetag für einen gesunden Gedanken. Der städtische Fleischverkauf in Halle, wo das Fleisch für 82 bis 92 Pfg. statt 1,10 und 1,20 Mk., verkauft worden sei, habe ihn davon überzeugt, daß damit eine Vereinfachung der Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten und ein Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage erreicht werden könne. Eine weitere nützliche Maßregel sei die Verbilligung des Tarifes. Eine Aufhebung des § 12 des Fleischbeschaugesetzes sei nicht rätlich, aber vielleicht eine Milderung darin, daß das beanstandete, eingeführte Fleisch wie das beanstandete inländische Fleisch der Freiheit überwiegen und nicht zurückgeschickt werde. Englands Fleischführung sei für Deutschland nicht maßgebend, weil uns in einem Kriege kein Semeg offen stehe und wir auf unsere Produzenten im eigenen Lande angewiesen sind. Eine Aufhebung der Futtermittelzölle für Mais und Futtergerste bedeute nichts als ein Geschenk an das Ausland, daß die Preise sich um die Höhe des Zolles erhöhen würden. Außerdem würde die Reichsstaats 68 Millionen einbüßen. Die eingetretene Herabsetzung der Viehpreise läßt hoffen, daß ihnen die Fleischpreise bald folgen. Die Reichstagsverhandlungen, so fährt der Redner fort, werden nach meiner Ansicht die

### Aufhebung des Zeuitengeldes

bringen. (Zuruf: Oh!) Ich bin der Ueberzeugung, daß sich selber eine Mehrheit dafür findet. Aber ich habe die Hoffnung, daß der Bundesrat dem Beschlusse seine Zustimmung verweigert im Interesse des konfessionellen Friedens, aus nationalen Interessen gegenüber dem Ultramontanismus, und aus deutschvolklichem Interesse zur Erhaltung unserer Geistesfreiheit und Kultur. Auch die bairischen Auslegungen des Zeuitengeldes werden vom Bundesrat abgelehnt werden. Die Stellung der nationalliberalen Partei zu dieser Frage ist klar und einfach. Sie ist der historische Gegner des Ultramontanismus. Wir haben dem Zentrum nichts zu danken. Zum Schluß hält der Redner eine Wiedereröffnung der Reichsreformalltag, einer allgemeinen Wehrsteuer, die jedoch nur den Befehlenden trifft, für wahrscheinlich. Aber auch ernste Kämpfe darum. Wenn auch durch die Interessengegenlässe eine große Wirksamkeit in diesen Fragen geschaffen worden sei, das deutsche Volk und der nationale Liberalismus würden dieser Erleichterung gemächlich sein. Vielleicht führten die großen Fragen zu einer reinlichen Scheidung und von der Interessenspolitik zu einer vollständig ausgleichenden Politik. Dann könne unser Volk von 65 Millionen, wenn es einig sei, mit sich selbst allen Gefahren von außen ruhig ins Auge sehen, wie auch der Balkanbrand sich entwickle. (Lebhafter Beifall.)

### Landtagsabgeordneter Boist

trat in seiner Ansprache für eine gleichmäßige Mischung von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben der Landwirtschaft ein,



Die Großbetriebe hätten die Landwirtschaft auf eine hohe Stufe gehoben. Aber ihr Ueberhandnehmen entwürde das Land. Wenn aber der Kleine und mittlere Landwirt verschöndert, dann verliere der Kaufmann und Handwerker in den mittleren und kleineren Städten seine besten Kunden. Eine Ausdehnung des Großgrundbesitzes auf Kosten der kleineren und mittleren Betriebe sei darum ein Schaden am Volkstum. Die Nationalistpartei ständen den Vertretern des Mittelstandes viel näher als der Bund der Bauern. Das preussische Wahlrecht bestehe, die nationalliberale Partei so einzurichten, daß jeder ein Wahlrecht erhalte nach dem, was er dem Staate wert sei, nicht aber, daß jeder Trübsal über Schicksale dasselbe Wahlrecht erhalte, wie der Tüchtige und Fleißige. Redner spricht dann für eine Verwallung der Steuerverwaltung durch Fachleute, gegen zu hohe Rücklagefonds der Staatseisenbahneinnahmen (es sollen jetzt schon vor Abschluß des Etatsjahres am 1. April dem Finanzminister aus solchen Rücklagen und als Anhäufung des Staatsvermögens etwa 200 bis 250 Millionen zur Verfügung stehen, über die er keine öffentliche Rechenschaft zu legen habe) und gegen jede unnötige Anspannung der Steuerkraft, die man auch aufsparen müsse für Zeiten der Not. Wenn ein Krieg eintreffe, fielen eine Milliarde an Zinsen aus. Da müßten wir in der Lage sein, nicht nur unser Blut, sondern auch unser Gut für das Vaterland zu opfern. Eine Herabsetzung der Bahntarife müsse abhängig bleiben von einer angemessenen Verminderung in der Bahn angelegten Kapitals von 10 bis 11 Milliarden. Hoffentlich gelte es, die preussischen Finanzen, die durch ihre Sicherheit berühmt seien, so einzurichten, daß Preußen im Falle der Not fest und groß dastehen und für uns das Wort gelte: Deutschland, Deutschland über alles.

## Der Balkankrieg.

Blutige Kämpfe auf serbischem Boden. — Oesterreich wird den Sandhah nicht bestreiten. — Türkische Siegesberichte von montenegrinischen Kriegsgeschauern. — Die Schwierigkeiten in den Friedensverhandlungen beständig?

Wie bereits telegraphisch kurz gemeldet, überführten am Montag früh türkische Truppen die serbische Grenze im Gebiet zwischen Kostomaz und Gornj Brdo und griffen die serbischen Truppen an. Der Einmarsch ist also unmittelbar nach der Sonntagabend erfolgten Uebergabe der serbischen Antwortnote an die Türkei erfolgt. In Belgrad bringt man, so wird dem „Reiter Lloyd“ gemeldet, diese Ereignisse in einen unerschütterlichen Zusammenhang miteinander und meint, daß weitere Verhandlungen mit der Türkei auf das Neueste erschwert, wenn ausgeschlossen sind. Man glaubt, daß der Kriegsausbruch nicht mehr verhindert werden kann.

In Kreisen der österreichischen Delegation, die mit der Regierung Fühlung haben, wird über die Haltung Oesterreich-Ungarns zu der bereits vollzogenen Besetzung einzelner Punkte des Sandhahs Kooperations durch montenegrinische und serbische Truppen folgendes ausgeführt:

„Der Sandhah Kovibogaz ist türkisches Gebiet, und ist es Sache der Türkei selbst, dieses Gebiet zu verteidigen. Für Oesterreich-Ungarn liegt deshalb kein Anlaß vor, militärisch einzugreifen. Das gilt selbst für den Fall, daß Montenegro und Serben weiter im Sandhah vorzudringen sollten, was schon deshalb leicht möglich wäre, weil die türkischen Streitkräfte im Sandhah nicht erheblich sind. Auch dann wird die österreichisch-ungarische Monarchie nicht militärisch im Sandhah vorzudringen. Erst nach Abschluß des Krieges wird Oesterreich-Ungarn dafür Sorge tragen, daß ihm der Weg nach dem Balkan nicht versperrt werde.“

In türkischen militärischen Kreisen bezeichnet man die bisherigen Erfolge der Montenegriner als geringfügig. Auf keinen Fall hätten die Kämpfe jene Bedeutung, die ihnen von offiziellen montenegrinischen Kreisen beigelegt wird. Türkischerseits seien an der montenegrinischen Grenze nur schwache Truppenkräfte konzentriert, das Bild werde sich aber ändern, sobald die Montenegriner und Serben sich den Türken in einem ernstlichen Treffen gestellt haben.

Der türkische Minister Noradungin erklärte, die italienischen Meldungen über den Abbruch der Verhandlungen in Dugh seien falsch. Die Besprechungen dauerten fort, und ein günstiger Abschluß stehe bevor. Die Worte demontieren gleichfalls offiziell alle Gerüchte vom Stoen der Unterhandlungen, die im Gegenteil eifrig fortbauerten. Es verlautet, der Reichsbeirat der Forste, Grand Abro, der die Türkei bei der Erledigung ihrer alten Streitkräfte mit Ausland vor dem Haager Schiedsgericht vertritt, sei auf dem Umwege über Dugh nach dem Haag geehrt. Er hätte Selbstwille bei der Ermächtigung zur Unterzeichnung des Friedensvertrages überbracht.

## Deutsches Reich.

Die Reichstagsersatzwahl in Berlin I, die durch die Mandatsübertragung des Reichstagspräsidenten Dr. Kaempf überfordert geworden ist, findet, wie wir zuverlässig erfahren, schon in drei Wochen, am Dienstag, den 5. November, statt.

### Der deutsche Petroleummarkt.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung spricht an seltener Stelle über Vorkerbungen, die getroffen werden, um vor Reichs wegen der drohenden Gefahr einer Beherrschung des deutschen Petroleummarktes durch die Standard Oil Co. entgegenzutreten. Hierzu hatte schon am 15. März 1911 der Reichstag fast einstimmig die Regierung aufgefordert. Voraussetzung für die Durchführbarkeit einer gesetzlichen Regelung des Petroleumhandels war die Bestimmung, daß es möglich sei, den Verbrauch an Leuchtöl ohne Heranziehung der Standard Oil Co. zu decken. Eine angelegte Prüfung hat zu einer Befolgung dieser Möglichkeit geführt.

Für die Durchführung der Maßnahmen kommt nicht eine von Beamten geleitete, aus Reichsmitteln finanzierte Anstalt in Frage, sondern eine Aktiengesellschaft mit der ausschließlichen Bezug zum Großhandel mit Leuchtöl, die von Kaufleuten geleitet und der händigen Aufsicht der Reichsverwaltung unterstellt wird. Durch Ausstellung von Namensaktien mit erhöhtem Stimmrecht, die in den Händen eines deutschen Konsortiums verbleiben, ist Sorge getroffen, daß die Aktien nicht in die Hände ausländischer Gesellschaften geraten.

Die Gesellschaft soll sich auf den Großhandel mit Leuchtöl beschränken, während der Kleinhandel unberührt bleibt. Der Eingriff in das wirtschaftliche Leben wird sich daher auf wenige Großhandelsbetriebe beschränken, deren sämtliche Anlagen und Vorräte übernommen werden sollen, nötigenfalls im Wege der Enteignung.

Durch sorgfältig erogene Beschränkungen der Verkaufspreise und des Gewinnes wird vorgebeugt, daß die Gesellschaft ihre Aufgabe zu einer Verteuerung des Leuchtöls benutzte. Wird ein Vertrag erzielt, der über eine Verminderung des Aktienkapitals hinausgeht, so wird an ihm auch das Reich teilnehmen. Ein etwaiger Vertrag soll aber keineswegs zu einer Verhellung der allgemeinen Finanzlage verwendet werden, sondern soll dazu dienen, die Erfüllung sozialpolitischer Aufgaben zu ermöglichen, die bisher aus finanziellen Gründen hinfällig gemacht wurden.

Der Gesetzentwurf wird dem Reichstag möglichst bald nach seinem Zusammentritt vorgelegt werden.

### Liberales Wahlbündnis für die Landtagswahlen.

Die Landesorganisation der nationalliberalen Partei für die Regierungsbildung hat sich beschloß, auf dem sehr früh für den Herbsttermin für die Landtagswahlen einmündig, in den kommenden Landtagswahlen geschlossen mit der Fortschrittlichen Volkspartei Schalter an Schalter zu kämpfen. In sämtlichen aufgestellten Wahlkreisen sollen gemeinsame liberale Kandidaten aufgestellt werden.

### Bekuh Beschaffung frischen Fleisches aus Ausland

hat der Berliner Magistrat in einer außerordentlichen Sitzung die notwendigen Maßnahmen beraten. Inzwischen ist ein Vertrag mit einem Großhändler abgeschlossen worden, der den Ankauf des Fleisches für die Stadt bewerkstelligen wird, soweit ein solcher sich unter den gegenwärtigen Verhältnissen bewirkt läßt. Mit dem Vermittler werden sich ein föderaler Vertrag und ein Rechnungsbuch nach Ausland begeben. Der Berliner Stadtratsbesprechungsversammlung wird unermüßlich eine Vorlage zugehen.

In Dresden begann gestern, wie uns ein Privat-Telegraph meldet, eine Konferenz, in der ein Vorhaben gefunden werden soll zur Feststellung der Zahl der Wähler, die bei einer Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre in Betracht kommen. An der Konferenz nehmen Vertreter des Reichsämtes des Innern, des Reichsversicherungsamtes, der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte und der kaiserlichen Landesversicherungsanstalt teil, außerdem ein Mathematiker. Es findet bei der kaiserlichen Landesversicherungsanstalt eine Probearbeitung von Versicherungsarten statt, die wie der ganze Zweck der Ausgestaltung, eine lediglich versicherungstechnische Angelegenheit ist. Das ganze Verfahren bezweckt, durch Ausstellungen bei sämtlichen Landesversicherungsanstalten die annehmbare finanzielle Belastung bei einer etwaigen Herabsetzung der Rentenaltersgrenze zu ermitteln.

### Kleine vermischte Nachrichten.

Die viele Wagenklasse in Bayern. In der Reichstagskammer wurde gestern die Einführung der vierten Wagenklasse in Bayern und die Erhöhung der Personentarife angeregt. Minister v. Seeligen erklärte, daß er der vierten Wagenklasse nicht grundsätzlich ablehnend gegenüberstehe. In der Frage einer Personentarifierhöhung werde Bayern die Erfahrungen der benachbarten Eisenbahnverwaltungen abwarten.

### Hof- und Personalmeldungen.

Der Kardinal-Zürchbischof D. von Kopp ist Montag morgen von Breslau kommend zur Einweihung des von ihm erbauten Kruppelheims zum Heiligen Geist in Beuthen angekommen. Er wurde von den städtischen Behörden und der Geistlichkeit empfangen.

Der Herzog zu Sachsen-Altenburg ernannte den Staatsminister, Wirklichen Geheimen Rat Dr. Scheller-Steinwark zum Bevollmächtigten für den Bundesrat.

Als Gäste des Kaisers weilen zurzeit in Subertusbad Admiral von Holtmann, W. G. Do-Reg.-Rat Dr. Koser und Prof. Dr. Schiemann.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 15. Oktober.

### Stadtverordneten-Sitzung.

Halle a. S., 14. Oktober.

Am Vorstandssitzung die Herren Geheimrat Professor Dr. Schmidt-Rimpler, Kaufmann Probst und Rentier Krabe.

Eingegangen ist eine Petition des Bezirksvereins von Halle-Cöllwitz, der um

### Verlängerung der Straßenbahn

bis zur Villa Knoch bittet. Die Sache geht an den Petitionsausschuß. Eine andere Petition wünscht Verlängerung der Straßenbahn bis nach Tietzen. Auch diese Eingabe wird dem Petitionsausschuß überwiesen. Eine Petition des Haus- und Grundbesitzervereins fordert Maßnahmen zur Erleichterung der Realoffizits. Die Eingabe übergibt man dem Rechts- und Verfassungsausschuß.

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Für die von der Friedhöfsdeputation beantragte Errichtung des Pflanzensüdwintergartens wurde durch die beabsichtigte Vergrößerung des ursprünglich vorgesehenen Baues entstehenden Mehrkosten von 900 Mk. sollen der Ueberflüssigen des laufenden Jahres bei Kapitel XVII B entnommen werden. (Ref. Herren Stov. Grempler und Pfautsch.)

2. Die Kaufleute Paul und Hermann Opiß hier beabsichtigen, auf ihrem Grundstücke Meterstraße 3 einen Neubau zu errichten. Fluchtlinienplanmäßig ist für das Grundstück eine Erdbewehrung von 3 Meter Schenkelfänge festgesetzt. Die Genannten bitten zur Ermöglichung einer besseren Fassadenabwicklung um Aufhebung. Bedenken im Verkehrsinteresse sind hiergegen nicht geltend zu machen,

Nach der neu festzulegenden Fluchtlinie entfällt aus der Straße zum Grundstücke eine Fläche von 4 Quadratmeter Größe. Die Gebäude Opiß haben sich verpflichtet, das Land zum Preise von 70 Mk. pro Quadratmeter zu erwerben. Für den gleichen Preis wollen sie die von ihrem Eigentum zur Gutjahrfläche abzutretende 22 Quadratmeter große Parzelle der Stadtgemeinde übereignen. Es ist dies dieselbe Entschädigung, die im Jahre 1909 im Enteignungsverfahren für die vom Opißschen Grundstück Meterstraße 2 zur Straße gegenwärtige Fläche festgesetzt worden ist.

Die Verammlung stimmt zu. (Ref. die Herren Stov. Schulte und Pfautsch.)

3. Herr Stv. Probst berichtet über eine Magistratsvorlage, betreffend

### Ermäßigung des Mietzinses für Elektrizitätsmesser.

Er führte dazu aus: Seit der Betriebsöffnung des städtischen Elektrizitätswerkes am 28. August 1901 erfolgt der Verkauf der elektrischen Energie an die Abnehmer auf Grund der von den künftigen Körperpersonen erlassenen Bedingungen für die Lieferung von elektrischer Energie durch das städtische Elektrizitätswerk. Diese Bedingungen sehen einen Tarif vor, der erstmalig beim städtischen Elektrizitätswerk zur Halle zur Anwendung kam, der auf der Bemessungsbauer der Anlagen beruht, und Groß- und Kleinabnehmern bei gleicher Bemessungsbauer die gleichen Preise verschafft. Je länger die jährliche Bemessungsbauer, je höher der Strompreis. Dieser Tarif hat zur Folge, daß die Elektrizitätsmesser aus zwei Meßapparaten, dem Kilowattstundenzähler und dem Zeitzähler bestehen müssen. Obwohl dadurch die Rollen für einen Elektrizitätsmesser teurer zu stehen kommen, als bei Verwendung lediglich nur eines Kilowattstundenzählers, wie er bei sonst üblichen Tarifen mit Konium- oder Gelbrakt in Anwendung kommt, wurde die jährliche Miete für die Elektrizitätsmesser seinerzeit schon viel niedriger angesetzt, als bei den übrigen Elektrizitätswerken, die lediglich nur Kilowattstundenzähler als Meßapparate in Anwendung bringen. Bei den Stromlieferungsbedingungen des hiesigen Werkes hatte man auch von vornherein von jeglichen Neben-einnahmen des Wertes, durch Vorkauf und Abnahme der Anlagen, Zählerleistung usw., die die Abnehmer unnötig mit Kosten belasten, abgesehen. Es war also von Hause aus alles getan worden, um den Bezug der elektrischen Energie vom städtischen Elektrizitätswerk den Abnehmern möglichst schmackhaft zu machen. Mit der fähig sich mehr einbringenden Verwendung der elektrischen Energie, namentlich seitens der Kleinabnehmer und durch die Einführung der außerordentlich wirtschaftlichen Metallstromlampen, die bei gleicher Helligkeit nur ca. ein Drittel des bisher üblichen Stromes der Kohlenadlampen verbrauchen, stehen schon seit einiger Zeit die Sätze der Zählermiete gegenüber dem jährlichen Stromverbrauch der kleinen und mittleren Abnehmer in einem richtigen Verhältnis mehr. So hat die Feststellung ergeben, daß bei einem Anschlußwert bis zu 0,5 Kilowatt der Anlage, gegenüber dem jährlichen Betrag an Stromgeld die Zählermiete einen Betrag bis zu 51 Proz. ausmacht. Bei einem Anschlußwert bis zu 1 Kilowatt beträgt die Zählermiete immerhin noch maximal 37 Proz. Gerade die Kleinabnehmer sind durch die Zählermiete am höchsten belastet. Es ist daher im Interesse der weiteren Entwicklung des Wertes geboten, und um auch für die Allgemeinheit das elektrische Licht und die Kraft immer besser zugänglich zu machen, die Zählermiete hauptsächlich für die kleinen und mittleren Anlagen entsprechend zu ermäßigen. Diese Ermäßigung kann um so mehr eintreten, als in der Zwischenzeit nach einem 1-jährigen Betriebe das Wert sich wirtschaftlich überaus kräftig entwickelt hat, so daß eine Preisermäßigung der Zählermiete aus das Jahresergebnis keinen nennenswerten Eindruck mehr ausübt. Andererseits sind die Grundstücke, die damals maßgebend für die Bemessung der Zählermiete waren, heute nicht mehr so streng in Anwendung zu bringen, weil im Laufe der Betriebsjahre des Wertes es sich gezeigt hat, daß die Lebensdauer der Zähler bei sorgfältiger Unterhaltung eigentlich unbefristet ist. Die damalige Annahme der Abschreibung eines Zählers innerhalb 10 Jahren muß heute durch richtig gestellt werden, daß für die Lebensdauer mit gutem Gewissen eine solche von mindestens 20 Jahren angenommen werden kann. Bei einem Anschlußwert bis zu 0,5 Kilowatt 4 Mk. (jetzige Zählermiete 10 Mk.), 1 Kilowatt 6 Mk. (15 Mk.), 2 Kilowatt 10 Mk. (20 Mk.), 3 Kilowatt 15 Mk. (25 Mk.), 4 Kilowatt 20 Mk. (30 Mk.), 5 Kilowatt 25 Mk. (35 Mk.), 6 Kilowatt 30 Mk. (40 Mk.), 7 Kilowatt 35 Mk. (45 Mk.), 8 Kilowatt 40 Mk. (50 Mk.), 9 Kilowatt 45 Mk. (60 Mk.), 10 Kilowatt 50 Mk. (70 Mk.), über 10 Kilowatt 65 Mk. (80 Mk.)

Die Miete für die bis jetzt vorhandene Zahl an Meßnehmern und die bei diesen untergebrachten Zähler ergibt sich gegenüber dem bisherigen Jahresabgabebetrag an Zählermiete ein Ausfall von rund 30 000 Mk. Dieser Ausfall kann, so hebt der Referent hervor, durch das Stromgeld neu hinzugekommener Abnehmer innerhalb eines Jahres wieder ausgeglichen werden.

Der Referent empfiehlt Annahme des Tarifs.

Es entspringt sich eine Diskussion, die aber bei der großen Unruhe im Saal für den Vortrefflich fast völlig verloren geht. Herr Stv. Gerig klagt über Mängel des Tarifs. Wenn man auch anerkennen müsse, daß das Wert den Tarifen abnehmen entgegenkomme, so erweise es doch nicht unbedenklich, daß die ersten Brennpunkte 60 Pfg. kosten. Das stehe in keinem Verhältnis zu dem weit geringeren späteren Preis. Nach dem 1. April brennt man drauf los, bloß um die teuren 300 Stunden herunterzufahren. Das sei eine Vergebung der wertvollen Energie. Bei Abnahme von Kraft für Motore ist der Mißstand noch schlimmer. Man möge

### einheitliche Preise

festsetzen und Rabatte einführen. Besteres sei natürlich auch nicht gerade ideal, denn es liege darin eine Bevorzugung der Großabnehmer. Der Tarif muß verhältnismäßig werden; jetzt zahlt der Volksmund nicht mit Unrecht von einem „Rampeltarif“.

Herr Stv. Pfautsch: Die Bekwerden sind begründet. Bei Einführung des Tarifs hat 90 Proz. der Abnehmer ihn nicht verstanden.

Herr Stadtrat Grote hält die Klagen für unbegründet; der Tarif habe sich ausgezeichnet bewährt. Das Publikum habe ihn von Jahr zu Jahr besser verstanden und macht davon Unger Gebrauch, das zeigt die Durchschnittspreisziffer, die allmählich von 42 auf 28 Pfg. gesunken ist. Die Abnehmer kennen oben den Tarif ganz genau, keine besser, wie ihn das Wert selbst kennt. Eine Vergebung der Energie bedingt der Tarif nicht; im Sommer ist Zeit genug, die 300 Brennpunkte herunterzufahren, da der Zähler ja auf nur 10 Pfg. der Lampen eingepreist ist.

Herr Stv. G ü n t e r bringt zur Sprache, daß sich der Diebstahl wohl doch nicht so bewähre, wie man angenommen habe. Man hätte eher gründlicher ausprobieren lassen, ehe man zwei weitere Diebstahlsorten in Auftrag gäbe. Hoffentlich habe sich die Stadt die nötigen Garantien geben lassen.

Herr Stv. M e y e r E. habe nach demselben Kommissar ausgelesen, wenn man Gasgefäßen an einem letzten Tage, eben um jene 300 Stunden zu schaffen, die Lampen brennen lasse. Da man Halle nicht in den Ansehn von Krähwinkel bringen lasse.

Herr Stv. R o s t hat bei der Wänderung des Tarifs. Das Werk ließe sich gut bei dem jetzigen Tarif und das Publikum ebenfalls. Was die Diebstahlsorten anlangt, so müßte man sie einführen oder ein neues Werk bauen. Andere maßgebliche Anlagen, die dem Bedarf genügt hätten, waren auf jenem Terrain nicht unterzubringen. Die Diebstahlsorten bieten, wenn sie laufen, zweifellos eine große Ersparnis.

Die Magistratsvorlage wird angenommen.

4. Wie Herr Stv. K a l l m e y e r vorträgt, findet im nächsten Jahre in Leipzig eine internationale

### Bauschauausstellung

mit Sonderausstellungen statt. Die Vorbereitungen lassen darauf schließen, daß es eine Ausstellung von erheblichem Umfange wird. Unsere Stadt ist von Leipzig die nächstliegende größere Stadt; sie muß auf dieser Ausstellung vertreten sein. Es wird auch nicht genügen, daß Halle sich nur in dem Maße beteiligt, wie vielleicht andere, entferntere Städte es tun werden. Es erscheint daher geboten, diesmal eine besondere Aufmerksamkeit zu machen. Außer der Besichtigung der wissenschaftlichen Abteilung durch Pläne, Tabellen usw. kommt in Frage, in einer besonderen Reihe des Hauptgebäudes oder in einem besonderen kleinen Säulenhallen, Bilder und Pläne von Bauten, die für Halle charakteristisch sind, auszustellen. Für diese Reihe oder für eine zu erbauende Halle ist ein besonderes Standgeld zu entrichten. Genaue Angaben über die Besichtigung lassen sich jedoch jetzt nicht machen; erst wenn feststeht, wieviel Geldmittel die Stadt aufwenden will, kann nach Verhandlung mit der Ausstellungsgesellschaft definitive Entschlüsse erfolgen. Soll in Leipzig ausgestellt werden, so darf von der Stadt Halle Geringes nicht geboten werden. Der Magistrat erstreckt die Stadtverordnetenversammlung, ihm eine Summe von 15 000 M. zur Verfügung zu stellen. Der Bauauschuss hat Bewilligung beschlossen.

Herr Stv. G i e s e als Referent des Finanzausschusses empfiehlt gleichfalls die Bewilligung.

Die Versammlung stimmt zu.

5. Der zwischen dem Eisenbahndienst und der Stadtgemeinde vereinbarte Vertrag über den

### Neubau der Berliner Straße

hat die mitunterste Genehmigung gefunden. Mit den Arbeiten wird demnächst begonnen werden. Es erscheint nunmehr geboten, den Grundrissentwurf für diesen Teil des Driens festzulegen.

Der Magistrat hat deshalb einen entsprechenden Plan aufstellen lassen. Es handelt sich um den nördlichen Teil des Driens, der umgrenzt wird im Norden und Osten von der Gemarlung Driem, im Süden von der projektierten Straße O und im Westen von der Freiheitsstraße.

Die Vorlage wird genehmigt. (Referent Herr Stv. G r e m p l e r.)

6. Bei der Wahl des künstlerischen Beirates der Baupolizeiverwaltung werden die bisherigen Herren wiedergewählt. (Referent Herr Stv. G r e m p l e r.)

7. Zur Neueindeckung der Dachflächen des Hospitals unter Erneuerung der Dachziegel werden 10 250 M. aus dem Vermögen des Hospitals bewilligt. Die Kosten hierfür betragen 12 500 M. Bewilligt sind jedoch bereits 2250 M. (Referent Herr Stv. K e n n e r und C o l b e r g.)

8. Unter Kapitel XIII A 16 des laufenden Haushaltsplanes stehen zur Bezahlung dritthalb, technischer Hilfskräfte im Gesamtwert 10 000 M. zur Verfügung. Hiervon sind bis Ende September 1912 rund 10 000 M. verausgabt, so daß bis zum Schluß des laufenden Rechnungsjahres nur noch rund 5200 M. vorhanden sind.

Der vorzeitige Ausbruch der Mittel ist darauf zurückzuführen, daß außer den Bezahlungen für laufende Arbeiten auch die Kosten für die Ausarbeitung nachstehender Projekte auf Kapitel XIII A 16 verbucht werden mußten, da besondere Mittel hierfür nicht vorhanden waren: a) Erweiterung des Hospitals, b) Erbauung eines Spitalsgebäudes, c) Erbauung eines Schwimmbades, d) Erbauung einer Schule an der Schloßstraße, e) Erbauung einer Gemäldegalerie, f) Aufstellung von Wertpapieren und Gütern zur Verzinsung.

Durchschnittlich werden für den Rest des Etatsjahres zur Bezahlung der technischen Hilfskräfte jeden Monat noch 1800 M. erforderlich sein, so daß bis Ende März 1913 noch 6 × 1800 M. = 10 800 M. bereitgestellt werden müssen. Da jedoch unter Kapitel XIII A 16 noch rund 5200 M. vorhanden sind, bleiben nur 10 800 - 5200 = rund 5600 M. nachzubewilligen.

Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr Stv. K a l l m e y e r und R o s t.)

9. Nach einem beim Magistrat eingegangenen Antrage sollte die den Winterlichen Erden gehörige Eckbauweise am Fuße der Pergentele an der Größmühlstraße verkauft und bebaut werden. Das Grundstück hat einen Flächeninhalt von ca. 709 Quadratmeter, wovon stufenförmig ca. 250 Quadratmeter zur Straße entfallen. Durch den bestehenden Grundrissentwurf ist aber nur dem dringenden Bedürfnis auf Straßenzweck Rechnung getragen. Gerade bei den Zufahrten zu Brücken ist es, wie der Magistrat ausführt, geboten, vorzuziehen die Möglichkeit einer Verbreiterung zu sichern.

Auf dem gegenüberliegenden Ufer hat die Stadtgemeinde bebante Grundstücke anzukaufen müssen. Das jetzt in Frage kommende Winterliche Grundstück ist noch unbebaut. Die Besitzer haben ihre ursprüngliche Forderung auf 11 800 M. erachtet. Diesen Preis erachtet die Versammlung für angemessen. (Referent Herr Stv. K e n n e r und D ö h l e r.)

10. Gegen die förmliche Feststellung des Grundrissentwurfes für die projektierte Straße vom Seidenweg an der Rosenstraße über die Reihung und Ziegelwerke bis zur Steinmühlstraße wurde einerseits von der Königlich-Preussischen Regierung und von der Universitätsverwaltung, andererseits von den Kaufmännischen Vereinen und dem Bruderdorf-Vereiner Bergbauverein Einspruch erhoben worden. Der erstere Einspruch richtete sich gegen die Festlegung der Ziegelwerke als öffentlicher Platz; der letztere Einspruch ist beschworen worden, weil das Weinberggelände und das bis an dieses angrenzende Gelände des Bruderdorf-Vereiner Bergbauvereins in dem Bebauungspläne ausgeschlossen worden ist. Nachdem nunmehr die nötige Hälfte der Ziegelwerke in das Eigentum der Stadtgemeinde übergegangen ist und

die jüdische Hälfte der Universitätsverwaltung als Turn- und Spielplatz überlassen werden soll, erscheint es unbedenklich, zurzeit von Festlegung der Ziegelwerke als öffentlicher Platz abzusehen.

Für das Gelände der Kaufmännischen Vereinen und des Bruderdorf-Vereiner Bergbauvereins Grundflächen festzulegen, liegen Bedenken nicht vor; der Magistrat hat deshalb einen entsprechenden Plan aufstellen lassen, mit dem die Besitzer einverstanden sind.

Die Versammlung genehmigt den Plan. (Referent Herr Stv. G r e m p l e r und B r e m e r.)

11. Der Tischlermeister Spanier hat auf seinem Grundstück Lützenstraße Nr. 2 einen Neubau aufgeführt. Nach der festgelegten Grundlinie entfallen von dem Grundstück ca. 5 Quadratmeter Land zur Straße. Der Genannte fordert hierfür eine Entschädigung von 60 M. pro Quadratmeter.

Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr Stv. G r e m p l e r und F a u l s t.)

12. Für das Größmühl-Gelände zwischen der Laßstraße, Erblinger- und Blauerstraße ist im Jahre 1907 ein Grundrissentwurf festgelegt worden. In diesem Plan ist für die Blauerstraße auf der Strecke von der Größmühlstraße bis zur Knochenmühle (einschließlich einer Breite von 17 Meter vorgezogen. Für die weitere Strecke der

### Blauerstraße nach der Seite

zu wurde in demselben Jahre ein Breitenmaß von 26 Meter bestimmt. In Rücksicht auf die Entwicklung des Vorortes Größmühl erscheint es, wie der Referent Herr Stv. G i e s e darlegt, geboten, diese Breite von 26 Meter auch für die erstgenannte Strecke festzulegen. Es ist dies besonders nötig, um den Forderungen auf Herstellung eines K e i t m e g e s gerecht zu werden, dann im Interesse der besten Unterbringung der Straßenbahn sowie überhaupt im Verkehrsinteresse.

Herr Stv. B r e m e r empfiehlt die Vorlage namens des Finanzausschusses.

Herr Stv. G r e m p l e r meint, es sei dringend nötig, daß der Ausbau der Straßenbahn durch die Blauerstraße beschleunigt werde. Der Magistrat möge eine Vorlage machen.

Herr Bürgermeister v. H o l l y entgegnet, mit dieser Frage werde man sich beschäftigen können, wenn man die Petition des Größmühl Bürgervereins behandle.

Die Vorlage wird genehmigt.

13. Zum Grundstück der Halleischen Röhrenwerke am Hölzbergweg entfällt stufenförmig ein im Eigentum der Stadtgemeinde Halle stehende Parzelle von 125 Quadratmeter Größe. Die Halleischen Röhrenwerke sind bereit, diese Parzelle käuflich zum Preise von 5 M. pro Quadratmeter gleich 625 M. zu erwerben. Der Magistrat hält den gebotenen Preis, der auch im vergangenen Jahre von den Röhrenwerken für vor der Stadtgemeinde erworbenes Land in gleicher Lage gezahlt worden ist, für angemessen.

Der Kauf wird genehmigt. (Referent Herr Stv. G r e m p l e r.)

14. Die Versammlung stimmt zu, daß die Baustelle Nr. 19 an der Köpflingerstraße in Größe von etwa 707 Quadratmeter bei der ungefähren 431 Quadratmeter als Vorderland 219 Quadratmeter als Hinterland, 87 Quadratmeter als Vorgartenland in Berechnung kommen, zum Preise von 32 M. pro Quadratmeter für das Vorderland und von 16 M. pro Quadratmeter für das Hinter- und Vorgartenland unter den üblichen Bedingungen veräußert wird. Das Verkaufsangebot entspricht der Taxe der Baupolizei. Der Gesamtkaufpreis beträgt etwa 18 688 M. (Referent Herr Stv. B l u m e n t r i t t.)

15. Zum Stadtverordnetenbeschluss vom 23. September hat der Magistrat folgende Vorlage eingebracht: Mit Rücksicht darauf, daß dem Elektrizitätswert bereits 39 295 Quadratmeter Viehland zu einem Tilgungssatz von nur 1 Proz. überlassen worden sind, erscheint es im Interesse der Einheitslichkeit der Schuldenverwaltung angebracht, diesen Tilgungssatz auch für das restliche Viehland beizubehalten. Hierfür spricht auch der Umstand, daß durch die Aufstockung das Land dem Viehwirtschaftungsgebiet entzogen und hierdurch wertvoller wird. Der Magistrat ersucht deshalb die Stadtverordnetenversammlung, die Angelegenheit in nachmalige Erwägung zu nehmen.

Der Magistratsantrag wird angenommen. (Referent Herr Stv. C o l b e r g.)

16. Weiter genehmigt man die Annahme eines Kapitals von 1200 M. in 3 1/2 Proz. Ransols für die Übernahme der Pflege und Unterhaltung der beiden Erbhörschwestern Nr. 2743/4 auf dem Stadtgottesacker. (Referent Herr Stv. D ö h l e r.)

17. Der Magistrat stellt den Antrag: a) die projektierte Erweiterung der

### Schreibergärten an der Dessauerstraße

auszuführen und die erforderlichen Mittel von 8000 M. unter Gegenüberstellung einer Pachtentnahme von 2200 M. für das Pachtjahr 1913 in den Etat 1913 einzustellen; b) die Arbeiten unverzüglich in Angriff zu nehmen, um die volle Pachtentnahme für das Pachtjahr 1913 zu erzielen und die entstehenden Kosten auf Voranschlag anzusetzen. Der Referent Herr Stv. F a u l s t empfiehlt die Vorlage. Herr Stv. D i e r b u r g meint, man solle nur 15 Pfg. nehmen.

Herr Stadtrat D ö h l e r entgegnet, daß man früher 15 Pfg. genommen habe; jetzt solle aber die innere Einfriedigung mitgeliefert und jedem Garteneigentümer eine eigene Wasserleitung geschaffen werden.

Die Vorlage wird genehmigt.

18. Zum Abruch der Hintergebäude des Grundstückes Rathousstraße Nr. 16 werden 700 M. bewilligt. (Referent Herr Stv. B e i g e.)

19. Der Magistrat legt den von der Stadtverordnetenversammlung verlangten Revisionkostenausgleich betreffend Erbauung eines Abortegebüdes und Umbauarbeiten im Bad Mittelndorf nebst Erläuterungsbericht vor und ersucht die Stadtverordnetenversammlung, sich mit der Ausführung der Mehrarbeiten nachträglich einverstanden zu erklären und den Betrag von 451,13 M. aus Kapitel XX 11 des Haushaltsplanes von 1912 nachzubewilligen.

Die Versammlung stimmt zu. (Referent Herr Stv. G i e s e.)

20. Die Rechnung über die außerordentliche Räumerverwaltung - VI bis XV und XVII - wird entlastet. (Referent Herr Stv. S p i n d l e r.)

21. Ueber Zahlung der

### Rechtshuld aus dem Ankauf der Straßenbahn

referiert Herr Stv. L e m s j e r auf Grund der folgenden Magistratsvorlage: Auf die Vorlage vom 8. Juni 1909 hat sich die Stadtverordnetenversammlung durch Beschluß vom 1. November desselben Jahres damit einverstanden erklärt, daß das gesamte

Unternehmen der Halleischen Straßenbahn-Affiliengesellschaft von der Stadtgemeinde am 31. Dezember 1910 zu den in § 13 des Vertrages vom 20. November 1897 vereinbarten Bedingungen, also „im wesentlichen gegen Bezahlung von 1 1/2 Millionen Mark Aktienkapital und Übernahme der bis dahin ungezahlten Obligationensumme von 880 000 M.“ käuflich erworben wird. In der Vorlage war darauf hingewiesen worden, daß nach der genannten Vertragsbestimmung die Stadtgemeinde nicht nur die bezeichneten Verbindlichkeiten der Gesellschaft gegen Dritte einzutreten haben würde, sondern auch gegen diese, daß unter den laufenden Verbindlichkeiten nur solche aus feststehenden Verträgen oder sonstigen leicht überprüfbaren Rechtsverhältnissen zu verstehen seien. Schon bei Einführung der letzten Gesellschaftsbilanz mußte der Magistrat aber erkennen, daß die Gegenpartei hierzu alle bei jener ungedeckte verbleibenden Beträge rechnete und demgemäß für sich einen Gewinn von mehr als 80 000 M. einstellte, die Stadtgemeinde dagegen mit einem nach Abzug des Guthabentontos sich auf fast 43 000 M. belaufenden Rückgang mit einem Guthabentonto von fast 29 000 M. (darunter 21 000 M. Anteil der Stadtgemeinde am Reingewinn) belastete. Der Magistrat hat zunächst, wenn auch vergeblich, versucht, diese Bilanz als Aktionäre in der Generalversammlung der Verbindung anzusehen, daß die vorliegenden ungenügenden Unterlagen des Erneuerungsausschusses unrichtig sei. Nachdem aber die Generalversammlung diese Veranlassung abgelehnt hatte, hat der Magistrat nach Einholung des Gutachtens eines in bezüglichen Fragen besonders vertierenden auswärtigen Juristen von einer Einsetzung des Ausschusses der Generalversammlung gemäß § 271 S. 6 Z. 3 abgesehen und sich dahin entschieden, die Lage der Gesellschaft auf Übernahme der angeblichen „laufenden Verbindlichkeiten“ abzuwarten. Zugleich wurde, um für die Beauptung der ungenügenden Unterlagen des Erneuerungsausschusses begründete Unterlagen zu gewinnen, das Urteil eines erfahrenen technischen Sachverständigen eingeholt. Als dieses Urteil erging, daß ihnen wegen der zu geringen Abrechnungen auf das Gleisvermögen die Passivseite der letzten Bilanz gemäß einem Zahlung einer Dividende auszuscheiden dem Wertbetrag von rund 84 000 M. hätte belastet werden müssen, glaubte der Magistrat, an der Ablehnung der Erneuerung der Gesellschaft auf Zahlung weiterer 71 745,85 M. um so mehr festhalten zu müssen, als das technische Gutachten noch nicht einmal berücksichtigt hatte, daß aus dem Wagenfond wegen des Nichtabfahrens der durch Ausgabe des Akkumulatorenbetriebes in Verlust geratenen 94 000 M. um diesen Betrag zu hoch zu Buche stand bzw. keinen entsprechenden Ausgleich im Erneuerungsfonds fand. Leider konnte jedoch der Antrag dieser Fragen nicht im ordentlichen Verfahren erfolgen, vor vielmehr durch § 21 des oben erwähnten Vertrages einem Schiedsgericht vorbehalten. Dieses hat sich demnach gelehrt, durch Schiedsprotokoll vom 7. September cr. vollständig nach dem Aneinander zu erkennen bzw. die Stadtgemeinde zu verurteilen:

1. Die Restschuld aus dem Vorderkonto bei S. H. Lehmann mit 49 412,98 M. abzüglich des dortigen Guthabentontos von 6953,58 M., also mit 42 459,40 M., 2. aus dem Kontokorrentkonto (4 Gläubiger, darunter die Stadtgemeinde mit dem Gesamtwert von 21 056,00 M. und die Restschuld von 25 959,20 M., 3. die Restschuld aus dem Rückendkonto mit 120,15 M. zu übernehmen und die auf 2006,40 M. festgesetzten Kosten zu tragen.

Auf die diesen Schiedsprotokoll geltend gemachten Gründe haben der Magistrat in wenig wie die Straßenbahnpolizei von seiner Richtigkeit überzogen. Da es aber nach den vertraglichen Bestimmungen endgültig ist, erließig nur, die Stadtverordnetenversammlung um ihr Einverständnis zu erlangen, die vorgenannten Beträge in Gesamtheit von 73 544,85 M. nebst Zinsen ab 1. Januar 1911, dem verwendeten Stempel und dem Honorar für die bis jetzt in Anspruch genommenen Gutachter aus der Anteil des Jahres 1910 zu deduzieren.

Herr Stv. R o s t bittet namens des Finanzausschusses betont, daß gegen den Schiedsgerichtsprotokoll nichts zu machen ist. Man tue gut, künftig sich vertraglich nicht an Schiedsgericht zu binden.

Die Versammlung genehmigt die Vorlage.

Bezirksbehörden Ernst-Halle. Die Tagesordnung für die am 23. Oktober 1912, vorm. 11 Uhr anberaumte öffentliche Sitzung des Bezirksbehörden für die Eisenbahndirektionsbezirk Ernst und Halle a. S. lautet: Geschäftliche Angelegenheiten des Bezirksbehördenmittlungen über den Pachtvertrag vom 1. Oktober 1912. Befragung des am 1. Mai 1911 in Kraft tretenden Pachtvertrages. Antrag des Fabrikbesizers Gottfried Kies-Saalfeld, betreffend Beibehaltung des Zuges 375a zwischen Saalfeld und Wipfeld im Winter. Antrag des Kaufmanns Moritz Lauerndt-Kudschalk, betreffend Herstellung einer Nachbrennvorrichtung von Berlin, Halle, Leipzig usw. nach Frankenburg (Anstf.). Antrag des Magistratsverwalters Adolph Eisenberg-Kassel, betr. die Durchführung des E 8 (ab Berlin 450, in Eisenach 10.44) bis Kassel. Erörterungen der seit der letzten Sitzung des Bezirksbehörden eingetretenen oder in Aussicht genommenen Erweiterungen und Neuerungen im Personen-, Gepäck-, Güter- und Tierverkehr. Beschlußfassung über Zeit und Ort der nächsten Sitzung des ständigen Ausschusses und der nächsten öffentlichen Sitzung.

Die öffentlichen Vorträge zur Bezahlung des Bestandes und der Liebe für unsere deutsche Mutterprobe begangen, damit wir nochmals hinweisen möchten, Wittmann, den 16. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Melanchthonsaal der Universität mit dem Vortrage des Leipziger Universitätsprofessors Dr. Georg F o l z : „U s u s d e n A n f a n g e n d e r S a n a“. Wir werden über diese Vorträge eingehend berichten, wollen heute nur hervorheben, daß diese gemeinverständlichen Vorträge uns Gelegenheit bieten unsere nationale Bildung zu vertiefen.

### Aus dem Leserkreise.

(Für die Verantwortlichkeit unter dieser Überschrift übernimmt die Redaktion keineswegs die Verantwortung, sondern die des Verfassers.)

### Magistrat.

Wiederholt gingen im letzten Winter durch die Tageszeitungen Klagen darüber, daß der Marktplatz den Anforderungen, die man an einen Markt einer so großen Stadt stellen kann, nicht entspricht. Aber die Verhältnisse waren, wird man, unter welchen großen Schwierigkeiten der Saal mit größter Energie geschaffen wurde, und daß er nicht a l e i d





